

Mit dem Schutzfaktor M gegen das SVP-Sünneli

VÖLKERRECHT Die Selbstbestimmungsinitiative kommt erst 2018 vors Volk. Die Kampagne der Gegner jedoch ist bereits angelaufen.

Um 11.30 Uhr gestern trat die SVP-Prominenz rund um Chefstrategie Christoph Blocher vor die Medien und vermeldete die Einreichung der Selbstbestimmungsinitiative, die das Landesrecht vor das Völkerrecht stellen möchte (siehe Kasten). Die Ersten waren sie damit nicht. Bereits eineinhalb Stunden zuvor lud das gegnerische NGO-Komitee «Schutzfaktor M» zur Medienorientierung. Und bereits einen Tag vorher bat der aussenpolitische Think-Tank zu einem Medienfrühstück, wo bei Gipfel und Kaffee erklärt wurde, wieso die SVP-Initiative in die Irre führe. Damit nicht genug: Rund um den Bahnhof Bern hängen bereits die ersten Plakate gegen das Volksbegehren.

So früh wie nie

Dass bei einer Volksabstimmung Komitees gegründet, Medienkonferenzen organisiert und Plakate gehängt werden, ist nichts Aussergewöhnliches. Aussergewöhnlich ist jedoch der Zeitpunkt der Aktionen. Denn über die Selbstbestimmungsinitiative abgestimmt wird nicht

diesen September oder nächstes Jahr, sondern erst etwa in zwei Jahren – nachdem Bundesrat und Parlament über die Initiative befunden haben. «In der Schweiz ist ein so früher Kampagnenbeginn sicher unüblich», sagt Politologe und Kampagnenberater Louis Perron. Er könne sich an keine Gegenkampagne erinnern, die annähernd so früh losgetreten wurde. Perron findet die Strategie sinnvoll, «denn man darf dem Gegner nie die freie Bahn überlassen». Den frühen Beginn führt er vor allem auf den Mut der Gegner zurück, den sie im Kampf gegen die SVP-Durchsetzungsinitiative gefasst hätten. «Gleichzeitig ist es wohl auch eine Lehre aus der Kampagne gegen die Masseneinwanderungsinitiative, dass man eine aussenpolitische Vorlage der SVP nie unterschätzen sollte.»

Zivilgesellschaft steht bereit

Eine entscheidende Rolle in der Gegenkampagne wird dem Komitee «Schutzfaktor M» zukommen. Dieses umfasst 75 Organisationen aus der Zivilgesellschaft, vorwiegend Hilfswerke wie Caritas oder Heks und Menschenrechtsorganisationen wie die Erklärung von Bern oder Human Rights Watch. Auch wenn der Name nur den wenigsten ein Begriff sein dürfte: Es ist nicht der erste Auftritt des Komitees. Der «Schutzfaktor für Menschenrechte» war massgeblich beteiligt an der Bekämpfung der Durchsetzungsinitiative Anfang Jahr.

Ins Leben gerufen von Andrea Huber im Jahr 2013, brachte der Verein die NGOs für den Kampf gegen die Aushöhung der Menschenrechte in der Schweiz zusammen. Huber war ehemals Co-Leiterin von Amnesty International Schweiz. Sie sagt: «Aufgeschreckt wurde ich vor gut drei Jahren, als Toni Brunner in einem Interview ankündigte, dass die SVP die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ins Visier nehmen würde.» Operativ tätig ist der Verein seit dem 40-Jahr-Jubiläum des Beitritts der Schweiz zur EMRK, seit November 2014. Huber sagt: «Uns war von Beginn weg klar, dass wir möglichst früh mit der Kampagne beginnen müssen, denn drei Monate vor der Abstimmung reichen nicht, um die Bedeutung der Menschenrechte für die Schweiz klarzumachen.»

Im Hinblick auf den Angriff der SVP auf die EMRK gegründet, war der erste Ernstkampf allerdings ein anderer. Als die Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative immer näher rückte und viele den Kampf bereits verloren gaben, entschied der Verein, sich gegen die Initiative zu stemmen, weil er die EMRK bedroht sah. Die operative Führung übernahm die viel zitierte Operation Libero, die ebenfalls dem «Schutzfaktor M» angehört. Die Folgen sind bekannt: Die Durchsetzungsinitiative wurde mit 58,9 Prozent Nein-Stimmen überraschend klar abgelehnt, die Zivilgesellschaft zum grossen Sieger erklärt. Auch wenn sich die mediale Aufmerksamkeit

auf die liberal-progressive Operation Libero konzentrierte: Den Erfolg erst möglich machte das weit gespannte NGO-Netzwerk von «Schutzfaktor M».

Wiederholt sich die Geschichte?

Bei der Kampagne gegen die Selbstbestimmungsinitiative wird wieder die gleiche Allianz am Werk sein. Dieses Mal am Drücker ist der «Schutzfaktor M» selber. Die Operation Libero wird an der Kampagne beteiligt sein, wird aber auch eigene Schwerpunkte setzen. «Während für uns das Argument der Kündigung der EMRK im Mittelpunkt steht, wird die Operation Libero stärker auf die Unglaubwürdigkeit der Schweiz als Vertragspartner eingehen», sagt Huber.

An deren Seite wird auch wieder der «Dringende Aufruf» rund um den ehemaligen Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, Peter Studer, stehen. Diese Gruppe hatte vor der Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative 50 000 Menschen mobilisiert und mehr als eine Million Franken für die Kampagne gesammelt. Kampagnenberater Perron attestiert der Zivilgesellschaft, eine wichtige Rolle beim Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative gespielt zu haben.

«Auch wenn die zivilgesellschaftlichen Akteure vor allem parteipolitisch ungebundene Kreise ansprachen, hat der Hype um die Operation Libero in den Medien auch die bürgerlichen Mittewähler beeinflusst», sagt Perron. Ob das bei der neusten SVP-Initiative

Demokratie stärken

INITIATIVE sda. Schweizer Recht statt fremde Richter: Das fordert die SVP mit ihrer Selbstbestimmungsinitiative. Mit der Initiative wolle sie die direkte Demokratie stärken und die Entmachtung der Stimmbürger stoppen, sagt die SVP. Oberster Gesetzgeber sei das Volk. Doch Parlament, Regierung, Verwaltung und Justiz entmachten «in unheimlichem Zusammenspiel» den Verfassungsgeber. Die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz werde unterlaufen. Als Beispiele nennen die Initianten die Initiativen zu Verwahrung, Ausschaffung und Zuwanderung.

erneut der Fall sein wird, sieht er nicht als selbstverständlich an. Die Bürger müssten immer wieder von neuem überzeugt und mobilisiert werden, sagt er. Das sei nicht einfach. «Denn der Stimmbürger ist nicht vergleichbar mit einer Polizeipatrouille, die pflichtbewusst ihren Pflichten nachgeht, sondern vielmehr mit einer Feuerwehr, die nur dann ausrückt, wenn der Feueralarm schrillt.»